



Der **BABYKOST-** Hersteller Hipp kämpft für die gentechnikfreie Produktion in Deutschland

Foto: Frank Dietz für DIE ZEIT

Ökoecke stellen«, sagte daher Felix Prinz zu Löwenstein vom Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft.

Ausgerechnet die Gentechnik-Gegner aber trügen deren Risiken. Denn auf sie kämen die Kosten für Labortests zu, um nachzuweisen, dass ihre Feldfrüchte »sauber« seien, so Löwenstein. Besonders hart sei, wenn sich dabei GVO-Spuren in der Ernte fänden, die zwar unter dem Schwellenwert für die Kennzeichnung und Haftung von 0,9 Prozent lägen, jedoch über den von der Industrie geforderten 0,1 bis 0,4 Prozent: Dann würden die Landwirte weder ihre Produkte los, noch bekämen sie eine Entschädigung.

**Heftige Debatten** könnte es schon bald auch um die Leitlinien für die »gute fachliche Praxis« des GVO-Anbaus geben, die Horst Seehofer bis zum Aussaattermin im Frühjahr herausgeben müsste. Sie legen beispielsweise fest, wie breit der Abstand zwischen konventionellen und High-Tech-Pflanzen sein muss. Kritiker wie die grüne Bundestagsabgeordnete Ulrike Höfken befürchten eine laxe Regelung, die »Vergewaltigungen auf dem Acker« ermögliche.

Die Neuauflage der Haftung indes dürfte auch wegen eines österreichischen Vorstoßes noch auf sich warten lassen. Schon in zweiter Instanz streitet der Alpenstaat vor dem Europäischen Gerichtshof um das Recht der Regionen, die GVOs trotz der EU-weiten Zulassung wegen ungeklärter Risiken zu verbieten. Dahinter

stehe »nicht nur eine Sachdebatte, sondern auch eine demokratietheoretische für Europa«, erklärte der oberösterreichische Landrat Josef Stockinger bei einem Kongress der Abgesandten von 170 gentechnikfreien Regionen.

Daneben aber treibt die Österreicher eine knallharte Marktstrategie: Mit ihren GVO-freien und ökologisch erzeugten Lebensmitteln haben sie sich neue Kunden bis hin nach Japan erschlossen. Nicht umsonst kündigte deshalb Seehofers Wiener Amtskollege Josef Pröll an, man werde die derzeitige Ratspräsidentschaft in der EU nutzen und Anfang April einen Kongress der EU-Kommission zum Thema Koexistenz einberufen: »In Wahrheit haben wir darüber bisher noch nie in Ruhe diskutiert.« Österreich wolle auf die Kommission einwirken, das Haftungsproblem doch noch einheitlich zu regeln, statt es den Einzelstaaten zu überlassen.

Doch nicht nur deshalb ist unwahrscheinlich, dass Horst Seehofer in dieser Frage allzu eilig aktiv wird. Den dicksten Strich durch die Rechnung machen ihm bisher die Saatguthersteller, denen er eigentlich helfen will: Sie weigern sich, in einen Haftungsfonds einzuzahlen. Der könnte »Begehrlichkeiten wecken«, heißt es beim Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter; zudem wolle man erst die Anbaurichtlinien abwarten. Horst Seehofer versteckte seine Empörung darüber nicht: »Manchmal kann man die Apologeten der Marktwirtschaft am meisten mit der Einführung der Marktwirtschaft bestrafen.«